

14

85

Union in Deutschland

Mit Sonderbeilage
NRW

Bonn, den 18. April 1985

Offensive für mehr Arbeitsplätze

CDU-Präsidium: Jetzt einstellen

Zu einer gemeinsamen Beschäftigungsoffensive hat die CDU Unternehmer und Gewerkschaften aufgerufen. Bundeskanzler Helmut Kohl sagte auf der konstituierenden Sitzung des auf dem 33. Bundesparteitag in Essen neugewählten Präsidiums der CDU, es komme jetzt darauf an, daß der „wirtschaftliche Aufschwung den Arbeitsmarkt nicht nur stabilisiert, sondern auch zu deutlich mehr Beschäftigung führt“. Es sei notwendig, mehr Bewegung in den Arbeitsmarkt zu bringen.

Die Bundesregierung habe dazu die Voraussetzungen geschaffen: Vorruhestand und Teilzeitarbeit, befristete Arbeitsverträge und vernünftige Sozialplanregelungen, Rückkehrhilfen für Ausländer und ein modernes Arbeitszeitgesetz seien konkrete Schritte, um Neueinstellungen zu ermöglichen.

Neuen dringenden Appell richtete Helmut Kohl an die Tarifparteien, gemeinsam für einen Abbau der Überstunden zu sorgen. Der Bundeskanzler sagte: „Einstellen muß Vorrang vor Überstunden haben, das ist ein Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.“ Die Tarifparteien hätten eine besondere Verantwortung, gerade auch gegenüber den arbeitslosen Arbeitnehmern und ihren Familien.

(Fortsetzung Seite 2)

In dieser Ausgabe
lesen Sie:

- **GESETZESABBAU**
Weniger Bürokratie — mehr Freiheit für die Bürger Seite 3
- **GESUNDHEIT**
Blüms 10-Punkte-Programm sind die Eckwerte eines neuen Konzeptes Seite 7
- **LANDWIRTSCHAFT**
Die Union mußte handeln und die Weichen richtig stellen Seite 11
- **WIRTSCHAFT**
Ifo-Institut erwartet kräftiges Wachstum Seite 13
- **ÖA**
Flugblätter der Frühjahrsaktionen Seite 14
- **DOKUMENTATION**
Im Zweifelsfall abschalten?
(Stellungnahme des Bundesfachausschusses Energie zu den energiepolitischen Vorstellungen der GRÜNEN) grüner Teil
- **CDU-ARGUMENTE**
8. Mai '45 — Ende und Neuanfang blauer Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Nur mit anhaltendem Wachstum, stabilen Preisen und soliden Staatsfinanzen sind die entscheidenden Grundlagen für neue dauerhafte Arbeitsplätze herzustellen. Das CDU-Präsidium stellte einmütig fest, daß die erste Etappe der wirtschaftlichen Gesundung geschafft sei und daß jetzt die Zahl der Beschäftigten wieder zunehmen werde. In bestimmten Branchen und Regionen zeige sich dies schon ganz deutlich. „Das sind ermutigende Zeichen“, sagte Helmut Kohl, „sie beweisen, daß wir auf dem richtigen Weg sind.“

Mit Bedauern stellte das Präsidium fest, daß dieser Aufschwung am größten deutschen Bundesland, an Nordrhein-Westfalen, vorbeigehe. Das sei die Folge der Unfähigkeit der sozialdemokratischen Regierung unter Führung von Rau. Sie verfolge weiterhin stur jene Politik, die 1981 zur Ablösung der SPD-Bundesregierung geführt habe. Durch hemmungsloses Schuldenmachen, durch sträfliche Versäumnisse in der Förderung moderner, zukunftssicherer Industrien habe Nordrhein-Westfalen mit die höchste Arbeitslosenquote. Jeder dritte Arbeitslose lebt heute in Nordrhein-Westfalen. Rau, so das Präsidium, nehme durch seine Politik den Menschen an Rhein und Ruhr die Hoffnung.

Das CDU-Präsidium ist der Auffassung, daß nur ein Wechsel in der Regierung durch die Wahl am 12. Mai den Menschen in NRW eine bessere Zukunft bringen kann. Allein eine CDU-geführte Regierung mit Bernhad Worms an der Spitze wird in der Lage sein, für Nordrhein-Westfalen den Anschluß an die wirtschaftliche Entwicklung von großen Teilen der Bundesrepublik Deutschland zu finden. Nur mit der CDU wird es in Nordrhein-Westfalen den Aufschwung geben, den wir brauchen, um auch in NRW neue, dauerhafte Arbeitsplätze zu schaffen.

Das Präsidium fordert die Wähler auf, sich

nicht durch sozialdemagogische Angstparolen der SPD beirren zu lassen, sondern am 12. Mai der CDU ihre Stimmen zu geben.

Die Rente muß beitragsbezogen bleiben

Das Präsidium der CDU war übereinstimmend der Auffassung, daß die gegenwärtig in der Öffentlichkeit diskutierten Vorschläge für eine Veränderung des Rentensystems durch Einführung einer sogenannten Grundrente im Widerspruch zu der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom Mai 1983 steht. Für die CDU ist diese Erklärung nach wie vor verbindlich. In ihr heißt es: „Die Rente muß beitragsbezogen bleiben. Die Renten sollen sich wie die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer entwickeln. Der Bundeszuschuß muß auf eine verlässliche Grundlage gestellt werden.“

Verärgerung über Demonstration beim Kanzler-Besuch in Bethel

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Link hat sich bei den Verantwortlichen der Bodelschwinghschen Anstalten darüber beschwert, daß sie beim Besuch des Bundeskanzlers nicht für einen geordneten Programmablauf gesorgt hätten. Der Abgeordnete zeigte sich unter anderem empört darüber, daß Zivildienstleistende in Anwesenheit des Bundeskanzlers die Nationalhymne mit dem Text gesungen hätten: „Kriegsdienst, Kriegsdienst über alles, bis die Welt zusammenfällt.“ Link, der Mitarbeiter der Anstalten in Bethel und Mitglied des evangelischen Ordens Diakoniestation Nazareth in Bethel ist, vertrat die Ansicht, daß die Demonstration jugendlicher Helfer beim Kanzlerbesuch dem Ansehen der Anstalten geschadet habe.

■ GESETZESABBAU

Weniger Bürokratie – mehr Freiheit für die Bürger

Am 11. Dezember 1984 hat die Bundesregierung den ersten Bericht zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung verabschiedet. Diese Zwischenbilanz zur Entbürokratisierung zeigt: Tausende Verwaltungsvorgänge werden eingespart, Hunderte von Vorschriften ersatzlos gestrichen.

Die Bundesregierung will die Bürger von überflüssigen bürokratischen Vorschriften befreien. Dazu Bundeskanzler Helmut Kohl in der Regierungserklärung am 4. Mai 1983:

Wirksamkeit und Überzeugungskraft staatlichen Handelns wachsen, wenn der Staat darauf verzichtet, zu viele Bereiche des Lebens zu regeln. In der Vergangenheit hat der Staat im Übermaß Aufgaben an sich gezogen. Umkehr ist dringend geboten. Es muß uns gelingen, das Recht zu vereinfachen und Überreglementierungen zu beseitigen.“

Der schrankenlose Reglementierungsdrang der SPD hatte zu einer Flut von Gesetzen und Verordnungen geführt, die nur noch Spezialisten überschauen konnten. So entstanden zum Beispiel 215 Baurichtlinien, 660 Baunormen und 1700 weitere Normen für die Bauindustrie. Die Steuervorschriften umfassen inzwischen 23000 Druckseiten.

Die Bundesregierung Helmut Kohl hat deshalb unverzüglich mit der Rechts- und Verwaltungsvereinfachung begonnen:

■ Jedes Bundesministerium prüft die

Vereinfachungsmöglichkeiten in seinem Zuständigkeitsbereich.

■ Alle Entwürfe von Rechts- und Verwaltungsvorschriften werden in jedem Stadium unter Anlegung strenger Maßstäbe auf ihre Notwendigkeit hin überprüft.

■ Der unmittelbare Kontakt der Bundesverwaltungen zum Bürger soll verbessert werden.

■ Die unabhängige Kommission für Rechts- und Verwaltungsvereinfachung beim Bundesminister des Innern unter Vorsitz des Parlamentarischen Staatssekretärs Horst Waffenschmidt begleitet und unterstützt diese Bemühungen und macht eigene Vorschläge.

Erfolgreiche Zwischenbilanz

Der jetzt vorgelegte erste Bericht der Bundesregierung zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung enthält 144 Entbürokratisierungsvorhaben. Sie reichen von Entlastungen in der Statistik über die Vereinfachung von Genehmigungsverfahren, Nachweisen und Bescheinigungen, über die Beseitigung überflüssiger Vorschriften bis zu Vorschlägen für einfachere Vordrucke und eine verständliche Verwaltungssprache.

Folgende Maßnahmen sind bereits eingeleitet worden:

Beseitigung von überflüssigen Vorschriften

Vorschriften, die zum Beispiel durch Zeitablauf oder durch die Änderung der zugrundegelegten Verhältnisse überflüssig

geworden sind, sollen aufgehoben werden. Dies trägt dazu bei, die Unübersichtlichkeit des Rechts abzubauen.

Ein Schwerpunkt liegt dabei in der **Vereinfachung des Baurechts**. Von dieser „Ent-rümpelung“ erwartet die Bundesregierung eine Signalwirkung zur Entbürokratisierung auch in anderen Bereichen. Mehr als ein Drittel der heute geltenden Bauvorschriften soll gestrichen werden. Überprüft und soweit wie möglich abgebaut werden soll auch die Zahl der Normen und technischen Regeln, die den Spielraum von Bauherren und Architekten einengen und Neuerungen erschweren. Allein im Baubereich gibt es gegenwärtig rund 1300 Normen (DIN), die etwa 11000 Druckseiten füllen. Nur wenn dieses Dickicht erheblich gelichtet wird, können die Planungs-dauer für den Bauherrn und die Prüfdauer von Bauanträgen deutlich verringert werden. Ohne die Sicherheit zu beeinträchtigen, wird dadurch das Bauen billiger.

Noch 1985 will das Bundeskabinett den Entwurf eines neuen Baugesetzbuches beschließen. Damit wird das Städtebau-recht auf die Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben des Städtebaus ausgerichtet. Unter anderem soll die Handhabung der Bauleitplanung durch die Gemeinden erleichtert und die Bestandskraft der Bauleitpläne erhöht werden. Die Vorschriften, nach denen die Baugenehmigungen erteilt werden, sollen so gefaßt werden, daß sie in Übereinstimmung mit einer geordneten städtebaulichen Entwicklung das Bauen erleichtern.

Darüber hinaus sieht der Gesetzentwurf zur Vereinfachung des Wohnungsrechts vor, daß die gesetzlichen Bindungen bei Eigenheimen und Eigentumswohnungen wegfallen, für die öffentliche Mittel abgelöst worden sind oder noch abgelöst werden. Dadurch können bei den Wohnungs-

bauförderungsämtern sofort mehr als 500000 Akten geschlossen werden.

Zusammenfassung von Rechtsvorschriften

Die Vorschriften der Renten-, Unfall- und Krankenversicherung, das soziale Entschädigungsrecht sowie das Recht zur Eingliederung Behinderter und das Arbeitsförderungsrecht sollen in das Sozial-gesetzbuch eingeordnet werden.

Vereinheitlichung von Verwaltungsverfahren und Prozeßordnungen

46 Gesetze und 23 Rechtsverordnungen enthalten zur Zeit verwaltungsverfahren-rechtliche Sondervorschriften, die ohne zwingende Gründe von dem allgemeinen Verfahrensrecht des Bundes abweichen. Sie sollen in einem „Ersten Gesetz zur Berei-nigung des Verwaltungsverfahren-rechts“ sowie in mehreren Fachgesetzen aufgehoben oder angepaßt werden. Mit dem Entwurf einer Verwaltungsprozeßord-nung sollen sechs besondere Prozeßge-setze mit rund 650 Vorschriften durch ein Gesetz mit rund 190 Vorschriften ersetzt werden.

Abbau von Auskunftspflichten

Mit der inzwischen in Kraft getretenen Verordnung zur Statistikbereinigung wer-den Befragungen zu zahlreichen Statisti-ken ausgesetzt, gekürzt oder seltener durchgeführt. Tausende, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen werden dadurch von Auskunftspflichten entlastet. Unter anderem wird künftig auf folgende Angaben verzichtet:

- die monatliche, vierteljährliche und jährliche Textilstatistik; entlastet werden 2300 Unternehmen,
- die Durchführung der Material- und Wareneingangserhebung im Baugewerbe; entlastet werden 10000 Unternehmen,

■ die monatliche Erfassung des Auftragsbestandes im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe; entlastet werden 3000 Unternehmen,

■ die Statistiken über die Personenbeförderung im Straßenverkehr; entlastet werden 2500 Unternehmen,

■ die jährliche Erhebung bei Unternehmen der Handelsvermittlung und des Gaststättengewerbes; entlastet werden 10000 Unternehmen der Handelsvermittlung und 8000 Unternehmen des Gaststättengewerbes,

■ die Erfassung der Einrichtungen des fließenden und ruhenden Verkehrs im Rahmen der Handels- und Gaststättenzählung; entlastet werden rund 400000 Auskunftspflichtige.

Vereinfachung von Genehmigungsverfahren, Abbau von Nachweisen und Bescheinigungen

Zahlreiche Genehmigungsverfahren werden abgebaut oder vereinfacht. So soll durch Änderung des Milchgesetzes jährlich auf eine Vielzahl von Erlaubnissen zur Abgabe von verpackter Milch verzichtet werden. Im Werkfernverkehr soll das Beförderungsbescheinigungsverfahren entfallen; dadurch fallen 10000 Verfahren pro Jahr weg.

Das immissionsschutzrechtliche Verfahren für genehmigungsbedürftige Anlagen wird wesentlich erleichtert. Der Antragsteller kann für seine Anlage künftig die immissionsschutzrechtliche Genehmigung und die Genehmigung nach dem Wasserrecht in demselben Verfahren beantragen.

Verzicht auf Führungszeugnisse

Durch den Verzicht auf die regelmäßige Einholung von Führungszeugnissen bei der Erteilung von Führerscheinen werden rund 1,2 Millionen Anfragen beim Bundeszentralregister entbehrlich.

Abbau von Ausbildungs- und Beschäftigungshemmnissen

Durch die Novellierung der bislang starren Arbeitszeitvorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes soll eine praxisnähere Ausbildung und Beschäftigung für Jugendliche erreicht werden. Ziel der Änderung des Schwerbehindertengesetzes ist es, die Einstellungs- und Beschäftigungschancen der Schwerbehinderten im Arbeitsleben durch den Abbau von wirklichen und vermeintlichen Beschäftigungshemmnissen zu erhöhen.

Abbau von Hemmnissen bei Existenzgründungen

Das Gesetz zur Änderung gewerberechtlicher Vorschriften sieht unter anderem Erleichterungen für das Reisegewerbe vor; so ist die Reisegewerbekarte für unterhaltende Tätigkeiten nur noch für Betriebsinhaber erforderlich, nicht mehr für mitreisende Arbeitnehmer. Dies ist wichtig für rund 10000 Schaustellerbetriebe mit etwa 30000 Beschäftigten.

Abbau von Kontrollen

Mit der Änderung des Fleischbeschaugesetzes sollen Grenzkontrollen entfallen. Die Änderung des Eichgesetzes soll zu Erleichterungen insbesondere auch durch Befreiungen von der Eichpflicht führen. Für die laufende Überprüfung von Containern soll ein vereinfachtes Verfahren eingeführt werden.

Übersichtliche Vordrucke, verständliche Sprache

Es wurden Empfehlungen zur formalen und inhaltlichen Gestaltung von Vordrucken für die öffentliche Verwaltung erarbeitet. Formulare sollen übersichtlicher werden, und die Verwaltungssprache soll verständlicher werden. Dazu wurden Empfehlungen gegeben, die in den Verwaltungen bereits großes Interesse gefunden haben.

25 000 Exemplare davon gingen allein an Bundesbehörden.

Verbesserung des Verhältnisses von Bürger und Verwaltung

Es wurde ein Katalog von Kriterien erarbeitet, nach dem die Behörden ihre Arbeitsabläufe selbst überprüfen können, um das Verhältnis zum Bürger zu verbessern. Mit zusätzlichen methodischen Hilfen kann der Kriterienkatalog ohne Schwierigkeit in den Behörden eingeführt werden.

Prüfung neuer Gesetze und Vorschriften auf Notwendigkeit, Wirksamkeit und Verständlichkeit

Eine der wichtigsten Aufgaben der Rechts- und Verwaltungsvereinfachung ist die Prüfung neuer Gesetze und Vorschriften auf ihre Notwendigkeit, Wirksamkeit und Verständlichkeit. Alle Entwürfe der Bundesministerien und Bundesbehörden zu Rechts- und Verwaltungsvorschriften werden daher künftig in jedem Stadium unter Anlegung strenger Maßstäbe nach diesen Gesichtspunkten untersucht. Unter anderem soll gefragt werden:

- Muß überhaupt etwas geschehen?
- Was soll erreicht werden?
- Woher kommen die Forderungen; welche Begründungen werden genannt?
- Wie ist demgegenüber die gegenwärtige Sach- und Rechtslage?
- Welche Mängel sind festgestellt worden?
- Welche Entwicklungen, zum Beispiel in Wirtschaftswissenschaft, Technik und Rechtsprechung, stehen mit dem Problem in einem besonderen Zusammenhang?
- Wie hoch ist die Zahl der Betroffenen und der zu lösenden praktischen Fälle?
- Was geschieht, wenn nichts geschieht? Wird sich das Problem voraussichtlich verschärfen, unverändert bleiben,

sich durch Zeitablauf oder durch Selbstregulierung ohne staatliche Einwirkung lösen, mit welchen Folgen?

- Welche Alternativen gibt es?
- Muß der Bund handeln?
- Muß ein Gesetz gemacht werden?
- Muß jetzt gehandelt werden?
- Ist der Regelungsumfang erforderlich?
- Kann die ins Detail gehende Regelung durch eine allgemeinere Fassung beschränkt werden?
- Kann die Geltungsdauer beschränkt werden?
- Ist die Regelung bürgernah und verständlich?
- Ist die Regelung durchführbar?
- Stehen Kosten und Nutzen in einem angemessenen Verhältnis?

Jeder Bundesminister stellt für seinen Verantwortungsbereich die entsprechenden Überprüfungen sicher.

Entbürokratisierung: Herausforderung an alle

Die Beispiele zeigen, daß die Regierung Helmut Kohl mit der Entrümpelung von Verfahren und Vorschriften Ernst macht und ihre Maßnahmen zur Entbürokratisierung Schritt für Schritt verwirklicht. Dabei werden auch die über tausend Vorschläge berücksichtigt, die der Kommission von Bürgern, Verbänden und von den Bundesländern zugegangen sind.

Entbürokratisierung läßt sich nicht in einem großen Wurf erledigen. Dafür sind die Aufgaben des modernen Rechts- und Sozialstaates zu vielschichtig. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung ist ein mühsames Geschäft in kleinen Schritten. Die Regierung Helmut Kohl hat Zeichen gesetzt; niemand wird sich mehr der Dynamik dieses wichtigen Ziels „Entbürokratisierung“ entziehen können.

■ GESUNDHEITSWESEN

Blüms 10-Punkte-Programm sind die Eckwerte eines neuen Konzeptes

Bei der konzertierten Aktion im Gesundheitswesen sind am 27. März 1985 in Bonn bei den Beratungen der rund 60 Vertreter von Krankenkassen, Gesundheitsberufen, Sozialpartnern sowie Fachleuten des Bundes und der Länder Möglichkeiten für neue Maßnahmen zur Kostenbegrenzung der weiter gestiegenen Krankenkassenausgaben sichtbar geworden. Bundesarbeitsminister Blüm umriß Grundsätze für ein gesundheitspolitisches Gesamtprogramm, mit dem eine Finanzlücke von über drei Milliarden Mark aus dem Vorjahr und ein zu erwartender weiterer Fehlbedarf in den nächsten zwei Jahren gedeckt werden sollen.

Minister Blüm erklärte, daß sich aufgrund der wirtschaftlichen Orientierungsdaten '85 die Arbeitsentgelte der aktiv Versicherten voraussichtlich um 3,5% erhöhen werden.

„Dies wird“, so der Arbeitsminister, „bei den Krankenkassen — die Einnahmen durch die Krankenversicherung der Rentner einberechnet — voraussichtlich mit rund 3,5 Mrd. DM Mehreinnahmen zu Buche schlagen. Aus den Erhöhungen der Beitragssätze ergeben sich weitere Mehreinnahmen von rund 2,2 Mrd. DM. Da 1985 aber mit dem unterschiedlichen Niveau der Einnahmen und Ausgaben beginnt, ist am Ende des Jahres selbst dann ein Defizit von 1 Mrd. DM zu erwarten, wenn das Ausgabenwachstum im Rahmen der Grundlohnentwicklung bleibt.“

Die Konsequenz für das Jahr 1985 lautet:

— Mit dem zu erwartenden Beitragsaufkommen können die Krankenkassen nur zurechtkommen, wenn die Ausgabenveränderung unter dem Grundlohnzuwachs bleibt.

— Von dem gegenwärtigen Niveau der Beitragssätze kommen wir nur dann wieder herunter, wenn die Steigerung der Ausgaben sowohl 1985 als auch 1986 deutlich unter dem Grundlohnzuwachs bleibt.

Viele Lösungsvorschläge, die ich bislang gehört habe, lassen diese Solidarität vermissen. Aus ihnen spricht das St.-Florians-Prinzip. Ursachen für Probleme werden nur bei den anderen gesucht.

Steigende Arztzahlen sind kein Alibi für ‚konzertierte Gegenaktionen‘, wie wir sie in den letzten Wochen beobachten konnten. Wenn sich Zahnärzte und Krankenkassen den ‚Schwarzen Peter‘ gegenseitig zuschieben, wird allenfalls das Klima weiter belastet. Auch die Aktionen eines großen Ärzteverbandes in den letzten Tagen waren kein Beitrag zur Klimapflege.

Die Krankenkassen müssen sich fragen lassen, wie sie die Konkurrenz untereinander zur Kostensenkung einsetzen können.

Auch der Vorschlag, die Renten-Krankenversicherung abzukoppeln, ist wenig hilfreich. Er verkennt das Solidarprinzip und den Generationenvertrag, von dem die gesamte Sozialversicherung lebt:

— Wer heute Rentner ist, hat früher als aktiver Beitragszahler die höheren Krankheitskosten der damaligen Rentner mitgetragen. Deshalb haben die Rentner von heute einen berechtigten Anspruch, Mit-

glied der gesetzlichen Krankenversicherung zu bleiben.

— Die Krankenkassenbeiträge werden nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des einzelnen Mitglieds erhoben und nicht nach dessen Gesundheitsrisiko. Risikozuschläge für Rentner kann es deshalb in der gesetzlichen Krankenversicherung ebenso wenig geben wie für Kranke oder für kinderreiche Versicherte. Für eine stärkere finanzielle Beteiligung der Rentenversicherung oder der Steuerzahler sehe ich deshalb keine Rechtfertigung.“

Der für ihn gangbare Weg sei:

Kooperation von Selbstverwaltung und Gesetzgeber. Kooperation auf der Grundlage eines gesundheitspolitischen Gesamtkonzepts.

„Selbstverwaltung und Gesetzgeber verständigen sich auf ein kurz- und mittelfristig zu realisierendes Gesamtkonzept. Beide Seiten stimmen die erforderlichen Maßnahmen miteinander ab. Das Motto lautet: Arbeitsteilung zwischen Selbstverwaltung und Gesetzgeber.

Die Selbstverwaltung muß bereit und in der Lage sein, einen Teil der anstehenden Probleme selbst in die Hand zu nehmen und Lösungen anzubieten. Trotz mancher Mißtöne gibt es auch einige durchaus hoffnungsvolle Signale aus dem Vorfeld der Sitzung.

Aber ich muß erkennen, daß die Selbstverwaltung und die konzertierte Aktion einen anderen Teil der Probleme nicht alleine lösen kann. Dies mag zum Teil an der Unfähigkeit der Beteiligten liegen, zu Kompromissen zu kommen. Zum anderen Teil an Rahmenbedingungen, die wir ändern müssen.

Nicht in allen Bereichen sind die Rahmenbedingungen so gesetzt, daß die Selbstverwaltung die gesundheitspolitischen und ökonomischen Herausforderungen alleine bewältigen könnte.

Das gilt z. B. für das Problem der Überkapazitäten durch steigende Arztlizenzen, die Unzulänglichkeiten der ärztlichen Ausbil-

dung und — z. B. im Pflegesatzrecht — auch für den stationären Sektor. Dort, wo die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit unseres Gesundheitswesens nicht durch die Selbstverwaltung allein gesichert werden kann, wird der Gesetzgeber gefordert.

Der Gesetzgeber wird dieser Verantwortung gerecht werden; er wird handeln. Dabei wird er sich vom Grundsatz der Subsidiarität leiten lassen. Er wird sich auf die Hilfestellung beschränken. Kurzatmige Eingriffe und Überraschungsangriffe sind dabei nicht gefragt. Erforderlich sind Steitigkeit und Berechenbarkeit staatlichen Handelns.

Nur so ist das Vertrauen der Beteiligten zu gewinnen. Ein Klima des gegenseitigen Mißtrauens wäre Gift für die Bewältigung der notwendigen Sparmaßnahmen.

Was wir brauchen, ist mehr Klarheit über medizinische Entwicklungen und ihre Kosten, über gesundheitspolitische Prioritäten und Wirtschaftlichkeitsreserven.

Dazu braucht unser Gesundheitswesen ein Gesamtkonzept, gestützt auf die Bereitschaft von Selbstverwaltung und Gesetzgeber zur Zusammenarbeit. Dies erfordert von allen Beteiligten die Bereitschaft, ihren Beitrag zu einem solchen Gesamtkonzept einzubringen. Alle Beteiligten müssen auch zu Opfern bereit sein.“

Grundzüge eines gesundheitspolitischen Gesamtkonzepts

Ein solches Gesamtkonzept, gestützt auf die notwendige Fortsetzung einer Politik der Beitragssatzstabilität in der gesetzlichen Krankenversicherung, könnte von folgenden 10 Grundsätzen ausgehen:

1. Wir brauchen gemeinsame gesundheitspolitische Ziele

Höhe und Zuwachs der Gesundheitsausgaben müssen künftig verstärkt auf ihre medizinische und wirtschaftliche Notwendigkeit überprüft werden. Die Beitragssät-

ze in der gesetzlichen Krankenversicherung sind stabil zu halten. Dazu bedarf es auch besserer quantitativer und qualitativer Orientierungen.

Unabhängige Sachverständige könnten im Auftrag der konzertierten Aktion die gesundheitspolitischen Entwicklungen analysieren. Unter Berücksichtigung der finanziellen Entwicklung der GKV könnten sie vorhandene Wirtschaftlichkeitsreserven aufspüren. So können Prioritäten für den Abbau von Versorgungsdefiziten und bestehenden Überkapazitäten deutlich werden.

2. Solidarität und Subsidiarität im Gesundheitswesen müssen einander ergänzen

Der solidarische Risikoausgleich bleibt das Grundprinzip der gesetzlichen Krankenversicherung. Jeder Bürger muß unabhängig von seinem Einkommen die notwendige gesundheitliche Versorgung erhalten. Neben das Prinzip der Solidarität muß zukünftig verstärkt das Prinzip der Subsidiarität treten. Diese Prinzipien sind für mich keine Gegensätze. Ich verstehe Subsidiarität als Gliederungsprinzip der Solidarität. Ich bin für die Vorfahrt der kleineren Einheiten. Das bedeutet für unser Gesundheitswesen:

- Die Selbstverwaltung in der gesetzlichen Krankenversicherung muß gestärkt werden,
- die gesetzliche Krankenversicherung ist als Solidarsicherung auf die sozial- und gesundheitspolitisch notwendigen Leistungen zu beschränken,
- dem Staat sind nur dort Aufgaben zu übertragen, wo die Selbstverwaltung die gesundheitspolitischen Ziele nicht erreicht.

3. Das Gesundheitsbewußtsein und die Verantwortung der Bürger für ihre Gesundheit müssen gestärkt werden

- Dazu müssen wir
- die Gesundheitserziehung verbessern,

die in der Familie beginnt und in der Schule fortgesetzt wird,

- die Bevölkerung aufklären über Gesundheitsgefahren und Krankheitsursachen; Belastungen durch Umwelt, Arbeitsplatz, Streßgefahren, Bewegungsarmut, Fehlernährung und Suchtgefahren müssen erkannt und bekämpft werden,

- das Grundwissen des Bürgers über eine gesundheitserhaltende und gesundheitsfördernde Lebensweise durch ergänzende Angebote der Gesundheitsbildung erweitern.

Bundesregierung und Selbstverwaltung von Ärzten und Krankenkassen sollten dazu ein geschlossenes Konzept zur Gesundheitserziehung, gesundheitlichen Aufklärung und Gesundheitsberatung vorlegen.

Eine freiheitliche Gesundheitspolitik braucht die aktive Mithilfe der Bürger für ihre Gesundheit.

4. Strukturmängel im Sachleistungsprinzip müssen beseitigt werden

Das jetzige Sachleistungsprinzip der GKV enthält für Leistungserbringer und Leistungsempfänger Anreize zu unwirtschaftlichem Verhalten.

Wir brauchen auf beiden Seiten verbesserte Steuerungsinstrumente, die diese Anreize beseitigen.

Auf der Seite der Leistungserbringer sind auch Überkapazitäten für den Ausgabenanstieg verantwortlich. Dies gilt

- vor allem für die kassenärztliche Versorgung und die Heilhilfsberufe,
- den Krankenhausbereich und
- den Arzneimittelbereich.

Diese Überkapazitäten müssen abgebaut werden.

5. Bei steigenden Arztzahlen muß die Qualität der ärztlichen Versorgung gesichert werden

Dabei sind folgende Maßnahmen zu erwägen:

— Universitäten sollten Studenten nur in dem Umfang aufnehmen, wie diese qualitativ gut ausgebildet werden können. Hierzu brauchen wir entsprechende Kapazitätsverordnungen. Die Prüfungsbedingungen müssen den hohen Qualifikationsanforderungen an Mediziner gerecht werden.

— Die allgemeinärztliche Versorgung muß gestärkt werden.

— Vergütungsregelungen mit bedarfssteuernder Wirkung sollten vereinbart werden.

— Die Selbstverwaltung der Krankenkassen und Kassenärzte sollte bei der Niederlassung auf eine gleichmäßigere Versorgung hinwirken und einer Überversorgung gegensteuern können.

— Neue Praxisformen sollten gefördert werden.

6. Wir brauchen mehr Leistungs- und Kostentransparenz

Größere Transparenz ermöglicht gesundheitspolitisch vernünftiges und gesamtwirtschaftlich verantwortliches Handeln im Gesundheitswesen. Dies ist nur möglich, wenn Versicherte, Leistungserbringer, Krankenkassen und Gesundheitspolitiker die medizinischen und ökonomischen Auswirkungen ihrer Entscheidungen kennen.

7. Wir sollten nach verstärkten Möglichkeiten des Preiswettbewerbs Ausschau halten

In der Sozialen Marktwirtschaft ist der Preis der Anreiz für wirtschaftliches Handeln. Im Gesundheitswesen mit seinen Besonderheiten können wir nicht zu einer reinen marktwirtschaftlichen Steuerung übergehen. Preiswettbewerb kann aber dort verstärkt eingesetzt werden, wo er nicht mit gesundheits- und sozialpolitischen Nachteilen verbunden ist.

8. Möglichkeiten der Selbstbeteiligung sollten sorgfältig geprüft werden

In der Selbstbeteiligungsdiskussion sollten wir drei Faustregeln beachten:

— Wir müssen einen Steuerungseffekt erzielen. Die sparsame Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen muß angeregt werden.

— Regelungen müssen sozialpolitisch unbedenklich sein und dürfen keine Verschleppung von Krankheiten fördern.

— Umgehungen und Kompensationen müssen ausgeschlossen sein. Selbstbeteiligung darf nicht zu einer zusätzlichen Einnahmequelle für die Leistungserbringer werden.

9. Der Gestaltungsspielraum für Krankenkassen muß erweitert werden

Wir sollten durch verbesserte Rahmenbedingungen den Krankenkassen mehr Gestaltungsspielräume eröffnen. Dies darf allerdings nicht zu kostentreibendem Wettbewerb zwischen den Krankenkassen führen. Experimentierklauseln sollten es den Krankenkassen ermöglichen, neue Leistungsformen — etwa im Bereich der Prävention oder zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit — zu erproben.

10. Die Arbeitsmedizin muß die Bekämpfung der Gesundheits- und Unfallgefahren am Arbeitsplatz ständig verbessern

Dazu gehören die kontinuierliche Weiterentwicklung des innerbetrieblichen Arbeitsschutzes und der arbeitsmedizinischen Vorsorgeuntersuchungen.

Die ärztliche Qualifikation der Arbeitsmediziner muß angehoben werden, um neue Belastungen in einer sich wandelnden Arbeitswelt rechtzeitig zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken. Dabei kommt es darauf an, die Arbeit durch menschengerechte Gestaltung soweit wie möglich an die Bedürfnisse der Arbeitnehmer anzupassen.

■ MUSTERBRIEF AN DIE LANDWIRTE

Die Union mußte handeln und die Weichen richtig stellen

Die deutsche Landwirtschaft hat ein sehr schweres Jahr hinter sich gebracht. Woran das lag, wissen wir alle: an den hohen Interventionsbeständen, der bedrohlichen Lage der Europäischen Gemeinschaft und dem deutschen Währungsausgleich. Die von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen haben bei den Landwirten erhebliche Unruhe ausgelöst. Der Vorsitzende der rheinischen CDU und Spitzenkandidat in NRW, Bernhard Worms, hat in einem Zielgruppenbrief die Gründe dargelegt, warum die Bundesregierung zum Teil einschneidende Maßnahmen treffen mußte. Wegen der allgemeinen Bedeutung dieser Ausführungen nachfolgend die ungekürzte Fassung dieses Zielgruppenbriefes:

Die Ausgangslage hat die unionsgeführte Bundesregierung nicht zu verantworten. Aber sie mußte handeln und die Weichen stellen. Bei garantierten Preisen war das Problem der Überproduktion bei der Milch nur durch eine Mengenregulierung zu lösen. Die Alternative einer Erzeugerpreissenkung von 15 bis 20 Prozent im Jahre 1984 hätte einen Einkommensrückgang von 45 bis 60 Prozent bewirkt. Das war für die Union indiskutabel. Die Milchmengengarantieverordnung hat natürlich in ihrer Anfangsphase Durchführungsprobleme und Unruhe mit sich gebracht. Die Bundesregierung hat viel getan, um den Bauern bei der Umstellung zu helfen. Noch bestehende Probleme kön-

nen nach der Abrechnung des ersten Milchwirtschaftsjahres ausgeräumt werden.

Bundespolitisch sind in der Agrarpolitik einige Erfolge aufzuweisen, die ich hier nur kurz erwähnen möchte:

■ Die CDU hat die landwirtschaftliche Vorsteuerpauschale ab Juli 1984 um 5 Prozent heruntergesetzt. Dies gilt bis zum 31. Dezember 1988. Ab dann beträgt die Erhöhung 3 Prozent, und zwar bis zum 31. Dezember 1991. Das Volumen dieses Steuerprogramms beträgt 18,4 Milliarden DM, die ausschließlich der deutschen Landwirtschaft zugute kommen.

■ Die CDU hat die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe um 200 Mio. DM auf 1,3 Milliarden DM erhöht.

■ Die CDU hat die Förderung in benachteiligten Gebieten verbessert, indem sie die Förderbeträge auf bis zu 240 DM je ha angehoben, die förderfähigen Gebiete von 1,5 Mio. ha auf 4 Mio. ha ausgedehnt und die Fördermittel von 65 um 125 Mio. DM auf 190 Mio. DM aufgestockt hat.

■ Die CDU hat die Milchrente mit rund 1 Milliarde DM beschlossen.

■ Die CDU hat die Zuschüsse für die Berufsgenossenschaft um 120 Mio. DM auf 400 Mio. DM angehoben, obwohl die SPD bis 1987 einen völligen Abbau vorsah.

■ Die CDU hat den Zuschuß zur landwirtschaftlichen Alterskasse um 110 Mio. DM heraufgesetzt, alles zugunsten kleinerer und mittlerer bäuerlicher Familienbetriebe bis 30000 DM Wirtschaftswert.

■ Die CDU hat ein bundesweites Agrarkreditprogramm eingeführt.

Sie sehen, daß wir die Probleme anpacken und bewältigen. Wenn ich hier ausführlich auf bundespolitische Aspekte eingegangen bin, so war dies deswegen notwendig, weil die Agrarpolitik stark vom Bund geprägt wird.

Was tut die Landesregierung? Nach Dieter Deneke und Otto Bäumer versucht nun schon der dritte Landwirtschaftsminister in dieser Legislaturperiode, Klaus Matthiesen, sein Glück. Doch der empfindet sich mehr als Umweltminister, als daß er die berechtigten Interessen der Bauern vertritt. Ich denke hier an das Umweltprogramm des Herrn Matthiesen und frage, wie er sich eigentlich die Entschädigung einer von Umwelt- und Naturschutzauflagen eingeschränkten Landwirtschaft vorstellt.

Es ist sehr verdächtig, daß einerseits sehr konkrete, auch das Eigentum betreffende Vorschriften formuliert und verlangt werden, auf der anderen Seite aber die Vorschläge über notwendige Nutzungsentzündigungen mehr als vage sind. Dies wird die CDU nicht hinnehmen.

Der landespolitische Rahmen ist in der Agrarpolitik sehr eng gesteckt. Dennoch möchte ich Ihnen versichern, daß sich die nordrhein-westfälische CDU mit aller Kraft dafür einsetzt, die bäuerlichen Familienbetriebe zu erhalten und zu sichern. Das erreichen wir so:

■ Die CDU fordert im Gegensatz zur SPD eine eindeutige Entschädigungsregelung für alle Bauern, die durch umweltpolitische Auflagen wirtschaftliche Einbußen hinzunehmen haben.

■ Die CDU wird den Gülle-Erlaß der SPD ändern. Insbesondere kleinere Landwirtschaftsbetriebe, die nicht genügend Fläche zur Verfügung haben und auf eine intensive Tierhaltung zur Existenzsicherung angewiesen sind, erhalten wesentlich stär-

kere Landesmittel zum Bau von Güllelagerbehältern.

■ Die CDU fördert eine bessere Lebensqualität im ländlichen Raum. In naher Zukunft wird das öffentliche Nahverkehrsnetz ausgebaut. Wir erreichen so eine günstigere Verkehrsanbindung anliegender Zentren. Wir werden den Bau von Kindergärten und Jugendzentren im ländlichen Raum verstärkt fördern.

■ Die CDU lehnt die wirtschaftliche Fehlentwicklung vom bäuerlichen Familienbetrieb zu Agrarfabriken entschieden ab. Wir erreichen dies am besten durch ausgewählte steuerliche Maßnahmen, wie einzelbetriebliche Förderung, Garantienregelung, die Sozialpolitik sowie das Bodenrecht, insbesondere die beabsichtigte Reform des landwirtschaftlichen Pachtrechtes.

■ Die CDU wird das von der SPD abgelehnte landeseigene Agrarkreditprogramm durchsetzen. Denn es dient vor allem der Existenzsicherung jüngerer Landwirte.

Die CDU war immer die Partei der Bauern und wird dies auch in Zukunft sein. ■

Bahr nennt die Auffassung von Ex-Kanzler Schmidt „töricht“

Als „töricht“ hat der SPD-Abrüstungsexperte Egon Bahr laut der Zeitung „Die Welt“ die von dem ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) vertretene Auffassung, daß es im Bereich der Mittelstreckenraketen eine sowjetische Überlegenheit gebe, bezeichnet.

Berichtigung zu UjD 10/11 1985

In der Wiedergabe der Rede von Rudolf Luster (EVP) auf dem 33. Bundesparteitag in Essen hat sich ein sinnentstellender Fehler eingeschlichen. Auf Seite 49, Zeile 12, rechte Spalte, muß es natürlich heißen ... Es gilt den europäischen Rechtsraum auszubauen (nicht abzubauen) ...

WIRTSCHAFT

Ifo-Institut erwartet kräftiges Wachstum

Die deutsche Industrie beurteilt nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung 1985 positiv, sondern sieht auch den kommenden fünf Jahren mit Zuversicht entgegen. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, bei Großunternehmen. Wichtigste Konjunkturstütze wird vorerst der Export bleiben. Im kommenden Jahr werden Inlands- und Auslandsumsatz mit fünf Prozent aber dieselbe Wachstumsrate erreichen. Kräftige Zuwächse im Inlands- und Auslandsgeschäft erwarten vor allem die Investitionsgüterhersteller. Erheblich nach oben revidiert wurden die Investitionspläne für 1985. Die Pläne der Unternehmen sehen eine Aufstockung um 17 (Vorjahr acht) Prozent vor. Das Ifo-Institut leitet aus der Umfrage auch eine Zunahme der Beschäftigtenzahlen ab. Die Umsatz- und Produktionserwartungen bis 1989 haben sich seit der letzten Befragung 1984 deutlich verbessert.

Dazu erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Matthias Wissmann:

Die aufwärtsgerichtete konjunkturelle Grundtendenz wird sich in den nächsten Wochen und Monaten auch am Arbeitsmarkt bemerkbar machen. Der im letzten Quartal des Vorjahres zu verzeichnende leichte Anstieg der Beschäftigtenzahlen wird sich nach dem Auslaufen der Wetterbelastungen zu Beginn dieses Jahres weiter fortsetzen. Die Chancen für einen saisonbereinigten Rückgang der Arbeitslosenzahlen im weiteren Jahresverlauf sind vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Gesamtkonstellationen günstig.

Deutsches Rotes Kreuz nicht in den Wahlkampf einbeziehen

Das Deutsche Rote Kreuz ist zutiefst von der Art und Weise betroffen, in der die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ein Zeitungsinterview des DRK-Präsidenten, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein, zur sozialpolitischen Situation in den Wahlkampf des Landes Nordrhein-Westfalen einbezieht. Damit wird den bisher von allen Parteien respektierten Grundsätzen des Roten Kreuzes Schaden zugefügt. Dem Deutschen Roten Kreuz als überparteilichem Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege wird auf diese Weise die Durchführung seines Auftrages erschwert, überall und jederzeit auf die Not von Menschen aufmerksam zu machen

und zu helfen. Auch in früheren Jahren, in denen andere Parteien die Regierung bildeten, gab das DRK ähnliche Hinweise auf die soziale Situation in der Bundesrepublik Deutschland, ohne daß diese in Wahlkämpfen verwendet wurden.

Die SPD hat die im Hinblick auf das Interview gegebene Zusage ihres Pressesprechers vom 10. April 1985: „Wir wollen den DRK-Präsidenten nicht über Gebühr in Anspruch nehmen“, leider nicht eingehalten. Das DRK empfindet es als keinen guten politischen Stil, daß seine Kenntnisse über die Notlage vieler Mitbürger als Wahlkampfthema mißbraucht werden!

Das Deutsche Rote Kreuz bittet erneut alle Parteien, seinen neutralen Status zu respektieren.

Öffentlichkeitsarbeit

Flugblätter für Frühjahrsaktionen

Frühjahrszeit ist Aktionszeit: Zur Verteilung bei Straßenaktionen, in Hausbriefkästen und bei politischen Veranstaltungen aller Art bietet die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit aktuelle Flugblätter zu folgenden Themen an:

- Die Renten sind sicher
- Die Luft wird sauberer
- Der Aufschwung läuft

Die Flugblätter stellen auf der Vorderseite knapp und präzise die Erfolge der Regierung Helmut Kohl dar. Auf der Rückseite finden sich detaillierte Fakten.

Grundausrüstung für Kreisverbände:
1000 Stück pro Flugblatt.

Achtung, NRW!

Für den Landtagswahlkampf erhalten die Kreisverbände in NRW eine Grundausrüstung von 3000 Stück pro Flugblatt.

Das Flugblatt „Der Aufschwung läuft“ gibt es zusätzlich zur Bundesausgabe auch in einer Fassung für NRW, die sich mit dem Versagen der dortigen SPD-Landesregierung offensiv auseinandersetzt.

Die Luft wird sauberer

Die SPD hat geschlafen!
Sie hat jahrelang vom Umweltschutz geschlafen und nichts getan. Heute müssen Milliarden aufwendet werden, um die Verunstaltungen der SPD zurückzubringen.

Das haben wir in nur zwei Jahren für unsere Umwelt erreicht:

- Unsere Vorschriften zur Reinhaltung der Luft sind die schärfsten in der Europäischen Gemeinschaft. Damit sind wir Vorreiter in Europa.
- Wir haben das umweltfreundliche Auto eingeführt. Damit sind wir Vorreiter in Europa.
- Wir treffen Vereinbarungen mit unseren Nachbarn in Ost und West für gemeinsamen Umweltschutz. Auch da sind wir Vorreiter in Europa.

Gesunde Umwelt.
Nur mit uns!

CDU
sicher sozial und frei

Landschaft und Boden.

Damit können erkrankte Menschen ergriffen werden, um weitere Bodenverschmutzung und Landschaftszerstörung zu stoppen.

Gesunde Umwelt.
Nur mit uns!

CDU
sicher sozial und frei

Flugblatt

Die Luft wird sauberer

Mindestabnahme: 500 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 15,— DM

Bestell-Nr.: 1651

Die Renten sind sicher

Reinert! Die SPD will Euch wieder verschulden! Warum müßten die Rentner bis 1982 Angst um ihre Rente haben? Weil die SPD regiert!
Warum standen 1982 die Rentenkassen vor der Pleite?
Weil die SPD nicht mit Geld umgehen kann!
Warum werden die Renten immer weniger?
Warum werden die Renten immer weniger?
Weil die SPD nicht gegen die Inflation tut!
Und jetzt macht die SPD den Rentnern Angst.

- Die Renten steigen weiter. Darauf können sich unsere Rentner verlassen.
- Wir haben die Inflation gestoppt. Das zahlt sich vor allem für unsere Rentner aus.
- Wir haben die Rentenkassen solide finanziert. Jetzt können unsere Rentner aufatmen.

Die Renten sind sicher. Nur mit uns!

CDU
sicher sozial und frei

1.1.82

1.7.83

1.7.84

1.7.85

Die Renten sind sicher. Nur mit uns!

CDU
sicher sozial und frei

Flugblatt

Die Renten sind sicher

Mindestabnahme: 500 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 15,— DM

Bestell-Nr.: 1652

Der Aufschwung läuft:

Die SPD macht mies!

Erst hat sie uns die größte Wirtschaftskrise seit 40 Jahren eingeleitet. Und jetzt will sie den Aufschwung kaputtreden.

Es bleibt dabei: Die SPD hat noch nie etwas von Wirtschaft verstanden.

- **Unsere Wirtschaft wächst 1985 kräftig weiter: +3%. Das schafft und sichert Arbeitsplätze.**
- **Unser Export legt um 7% zu. Das schafft und sichert Arbeitsplätze.**
- **Unsere Unternehmen investieren wieder mehr: +10%. Das schafft und sichert Arbeitsplätze.**
- **Unsere Preise sind stabil wie seit 20 Jahren nicht mehr. Davon haben alle etwas.**

Aufschwung für alle:
Nur mit uns!



Was sind die Beweise:

Endlich wieder aufschwung!



Wir haben stabile Preise.

Das gipfelte vor 20 Jahren nicht. Die Inflation ist kein Thema mehr.

Wir haben den Schuldenzoo halbiert.

Die Explosion der Schulden ist gestoppt. Wir haben solide gewirtschaftet. So viele neue Lehrstellen gibt es noch nie. 1984 über 730.000 statt der Lehrstellennotlage. SPD behauptet wollen, haben wir Lehrstellen-Rekord geschaffert - ein Aufschwung für die Zukunft unserer Nation.

10 Milliarden Mark mehr für Familien!

Mehr Kindergeld, Erziehungs- und Steuererleichterungen für Fiskus und Altkassenzähler, Ankerpunkte von Erziehungsgruppen im Bereich, höhere Kindergeldbeiträge, Baukindergeld - so zählt sich Aufschwung auch für Familien!

Wirtschaften der SPD wird heraus. Die Wirtschaft wieder. Die Exporte zu. Dies sind die Bestleistungen für neue und Arbeitsplätze. Jetzt geht es dem Arbeitsmarkt voran.

Aufschwung für alle:
Nur mit uns!



Nachbestellungen:
IS-Versandzentrum,
Postfach 1328,
4804 Versmold

Der Aufschwung läuft:

Die SPD darf NRW nicht kaputtregieren!

Warum hat NRW die meisten Arbeitslosen? Weil hier die SPD regiert!

Warum hat NRW die höchsten Schulden? Weil hier die SPD regiert!

Warum läuft NRW dem Aufschwung hinterher? Weil hier die SPD regiert!

- **Unsere Wirtschaft wächst 1985 kräftig weiter: +3%. Das schafft und sichert Arbeitsplätze.**
- **Unser Export legt um 7% zu. Das schafft und sichert Arbeitsplätze.**
- **Unsere Unternehmen investieren wieder mehr: +10%. Das schafft und sichert Arbeitsplätze.**
- **Unsere Preise sind stabil wie seit 20 Jahren nicht mehr. Davon haben alle etwas.**

Aufschwung für alle:
Nur mit uns!



Flugblatt
Der Aufschwung läuft
Ausgabe NRW
Mindestabnahme: 500 Expl.
Preis pro Mindestabnahme:
15,- DM
Bestell-Nr.: 11654

Carstens neuer Landesvorsitzender in Oldenburg

Auf dem CDU-Landesparteitag in Oldenburg wurde am vergangenen Wochenende der 42-jährige Bundestagsabgeordnete Manfred Carstens aus Emstek mit 175 Stimmen zum neuen Vorsitzenden des CDU-Landesverbandes Oldenburg gewählt. Auf den Europaabgeordneten Dr. Werner Münch aus Löhne, der sich ebenfalls um das Amt des Vorsitzenden bewarb, entfielen 135 Stimmen.

Der bisherige Landesvorsitzende Minister Gerhard Glup hatte nach 20-jähriger Amtszeit nicht wieder kandidiert. Er wurde einstimmig zum Ehrenvorsitzenden des CDU-Landesverbandes Oldenburg gewählt. Zum Ehrenvorsitzenden wählte der Parteitag neben Bundesminister a. D. Dr. h. c. Kurt Schmücker, der dieses Amt bereits seit acht Jahren innehat, das Gründungsvorstandsmitglied der Oldenburger CDU Dr. Hermann Siemer aus Spreda.

Bei der Wahl der drei stellvertretenden CDU-Landesvorsitzenden erhielt Dr. Münch 272 Stimmen, der Bundestagsabgeordnete Erich Maaß aus Wilhelmshaven 255 und der Landtagsabgeordnete Manfred Hünken aus dem Ammerland 205 Stimmen. Die weiteren Mitglieder des CDU-Landesvorstandes sind Schatzmeister Heinrich Enneking sowie die Beisitzer Hans-Gerd Buschmann, Westerstede; Walter Löwe, Delmenhorst; Joachim Wiesensee, Elsfleth; Karlheinz Bäker, Varel; Eva-Maria Kors, Vechta; Klaus van Döllen, Oldenburg; Maria Schmücker, Lönigen; Enno Thümler, Hude; Paul Böckmann, Cloppenburg, und Werner Broll, MdB, Oldenburg.

Vor rund 4000 Gästen in der vollbesetzten Wesser-Ems-Halle war der Bundeskanzler dann Hauptredner auf der öffentlichen Abschlusskundgebung des Parteitages.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

ZITAT

Lehren

Zu Thomas Dehlers Zeiten waren es die Sonntagsreden, die Kanzler Adenauer die Zornesröte ins Gesicht trieben. Und Kanzler Schmidt konnte ein Lied davon singen, was Politikergeschwätz immer dann anrichtet, wenn die Bonner Politik in die Ferien ging. Bis heute ist das „Sommertheater“ sprichwörtlich geblieben. Jetzt fiel in den Medien die Anspielung „Ostertheater“ — wohl als Warnung an Kanzler Kohl, die bitteren Erfahrungen seines Vorgängers nicht in den Wind zu schlagen.

Stets handelt es sich um dasselbe mediale Phänomen: Die Politik macht Pause, der Kanzler ist weit, aber die Medien füllen Tag und Tag Zeitungsspalten und Sendezeiten — da ist für mundfertige Politiker die Verlockung unwiderstehlich, statt Tatsachen Reden anzubieten, um von sich reden zu machen. Als wären die Medien der Stammtisch der Nation.

Wirtschaftsminister Bangemann war so frei, öffentlich einen Fehler einzugestehen. Ihm blieb auch gar nichts anderes übrig. Denn sowohl die Kanzlerpartei als auch seine eigene Partei haben seinen Vorschlag für die

Rentenstrukturreform mit einer Feststellung aus der gemeinsamen Regierungserklärung vom Tisch gewischt: Die Rente muß beitragsbezogen bleiben. Damit ist die Neuaufgabe des alten Gedankens an eine staatliche Grundrente für jedermann erledigt. Mag sein, daß der FDP-Vorsitzende Bangemann sich selbst und seine Partei profilieren wollte. In Wirklichkeit hat er sich, dem Kanzler und den Koalitionsparteien — also auch der FDP — Schaden zugefügt.

Verteidigungsminister Wörner machte eine nicht ganz so schlimme, gleichwohl unangenehme Erfahrung. Justament in der Osterpause geriet er nicht ohne eigenes Zutun in mißgünstige Schlagzeilen, mit der Folge, daß auch sachliche Richtigstellungen über das Projekt eines Früherkennungssystems für die Luftabwehr den Schaden kaum noch reparieren konnten. Da hatte wieder einmal ein Minister die Öffentlichkeit schneller gesucht als das Ohr seines Kanzlers... War es nötig, der SPD Gelegenheit zu verschaffen, einmal mehr den Fanfarenstoß „Rücktritt“ erschallen lassen zu können?

Der Kanzler vertraut darauf, daß die Bürger — Medien hin, Medien her — schon zu unterscheiden wissen, ob er gute oder schlechte Politik macht... In jedem Fall sollte er Vorsorge treffen, daß dem Ostertheater nicht ein Sommertheater folgt.

Die Welt, 16. April 1985

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 #. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann, 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UId